

# Der neue Tag

## Oberpfälzischer Kurier

Nummer 123

Donnerstag, 30./Freitag, 31. Mai 1991

Einzelpreis 1,20 DM

### Papst ernennt Sterzinsky zum Kardinal

Vatikanstadt. (dpa) Papst Johannes Paul II. hat am Mittwoch die Ernennung von 22 neuen Kardinälen angekündigt. Die neuen Purpurträger, unter ihnen der Berliner Erzbischof Georg Maximilian Sterzinsky, werden am 28. Juni in ihre Ämter eingeführt. Die Mitgliedszahl im Kardinalskollegium steigt damit auf 163. Mit Sterzinsky gibt es jetzt sechs deutsche Kardinäle.

Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, der Mainzer Bischof Karl Lehmann, übermittelte Sterzinsky Glückwünsche und schrieb: „Wir freuen uns über diese persönliche Auszeichnung Ihres Wirkens nicht zuletzt auch als Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz in besonders schwieriger Zeit“. Die Berufung sei für die neuen Bundesländer und besonders auch für das Bistum und die Stadt Berlin eine „große Ermutigung, zu einem gemeinsamen Deutschland zusammenzuwachsen“. (Siehe auch Weltgeschehen)

### Moskau rechtfertigt Übergriffe Wieder Grenzstation in Litauen ausgebrannt

Moskau/Wilna. (dpa) Die dem sowjetischen Innenministerium unterstellte Sondertruppe OMON hat in der Nacht zum Mittwoch erneut eine Grenzstation der Republik Litauen angegriffen und niedergebrannt.

Unterdessen suchte UdSSR-Innenminister Boris Pugo in einer schriftlichen Antwort auf eine Anfrage im sowjetischen Parlament das OMON-Vorgehen zu rechtfertigen. Pugo kritisierte die Einrichtung von Grenzstationen durch die baltischen Republiken. Dies gehe über deren Kompetenzen hinaus und widerspreche den sowjetischen Gesetzen.

### Folgen völlig verharmlost

#### Greenpeace übt heftige Kritik am Golfkrieg

Washington. (dpa) Die Operation „Wüstensturm“ am Persischen Golf war nach Ansicht von Greenpeace USA „der folgenschwerste und zerstörerischste Krieg der modernen Geschichte“.

In einer in Washington veröffentlichten Studie erklärte die Umweltorganisation, daß der Golfkrieg nicht die „planmäßig fehlerlos geführte Schlacht“ gewesen sei wie dargestellt. Bislang seien mehr als 200.000 Menschen, rund die Hälfte davon Zivilisten, während des Krieges oder infolge seiner Auswirkungen gestorben. Außerdem seien die wohl schlimmsten Umweltschäden (Ölbrände und Verschmutzungen) aus Menschenhand entstanden.

97,5 Prozent der Delegierten stimmten in Bremen für den neuen SPD-Chef

## Traumergebnis für Engholm

Mit Bürgernähe zurück in Regierungsverantwortung – Sozialdemokratie mit breiter Basis

Bremen. (dpa) Der neue SPD-Vorsitzende Björn Engholm hat von seiner Partei eine Kurskorrektur gefordert. Nur dann könne sie die Regierungsverantwortung im Bund zurückerobern, sagte er am Mittwoch auf dem Parteitag in Bremen. Die SPD müsse mehr Bürgernähe und Verlässlichkeit zeigen, sich neuen Wählergruppen öffnen und mit den sozial Schwachen solidarisch bleiben. Außerdem sollte die Partei stärker das Gespräch mit der Wirtschaft suchen.

Der 51jährige Engholm wurde auf dem Parteitag mit einem „Traumergebnis“ zum Nachfolger von Hans-Jochen Vogel gewählt. Von 474 Delegierten stimmten in geheimer Wahl 458 für den Kieler Regierungschef. Sieben votierten mit Nein und fünf enthielten sich, vier Stimmen waren ungültig. Dies entspricht einer Zustimmung von 97,5 Prozent. Der fünfte SPD-Chef nach dem Krieg kam damit auf ein noch besseres Ergebnis als seine Vorgänger Willy Brandt und Vogel bei ihren ersten Wahlen.

In seiner Rede zeigte sich Engholm davon überzeugt, daß sozialdemokratische Reformpolitik den Anfang des nächsten Jahrhunderts prägen werde. Die SPD habe die Antworten auf die großen Herausforderungen. Die Konservativen hätten auf ganzer Linie abgewirtschaftet.

#### Von Regierung „übers Ohr gehauen“

Als wichtigste Aufgabe bezeichnete Engholm die soziale Gestaltung der deutschen Einheit. Die friedliche Überwindung der Teilung sei „ein geschichtliches Glück, wie es Völkern nur selten zuteil wird“. Neben vielen anderen hätten auch Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher für ihre Leistung bei diesem Prozeß Respekt verdient. Die Deutschen dürften aber nie wieder „so übers Ohr gehauen werden, wie vor der letzten Bundestagswahl von der Regierung Kohl“.

#### Neue Ära innenpolitischer Reformen

Die Menschen im Osten brauchten vor allem „Einfühlungsvermögen statt Großmäuligkeit, Hilfsbereitschaft statt Kolonialistenmentalität und Ehrlichkeit statt Täuschung“. Der Weg zur Einheit erfordere von allen Opfer, die jedoch gerecht verteilt werden müßten. Die SPD wolle dabei mit der Regierung zusammenarbeiten. „Aber wir sind nicht der Ochse, der den Karren der Regierung aus dem Dreck zieht.“



DEN ZUSAMMENHALT in der SPD soll der Strick symbolisieren, den der neue Parteichef Björn Engholm (links) nach seiner Wahl erhielt. In seiner Seilschaft Johannes Rau, Vorgänger Hans-Jochen Vogel und Ehrenvorsitzender Willy Brandt. Funkbild: dpa

Über die neuen Aufgaben im Osten dürfen nach Engholms Worten die alten Probleme nicht vergessen werden. Eine SPD-geführte Bundesregierung müsse deshalb eine „neue Ära innerer Reformen“ einleiten. Die SPD werde eine Regelung des Schwangerschaftsabbruchs auf Kosten der Frauen verhindern.

Engholm betonte weiter, für den Aufbau in Ostdeutschland und die drängenden Zukunftsaufgaben sei eine leistungsfähige Volkswirtschaft unverzichtbar.

Nach Engholms Vorstellungen muß sich die SPD zu einem breiten Bündnis über viele Schichten und Grenzen hinweg entwickeln. Eine solche Partei brauche keine Flügel, keine Richtungsstreitigkeiten und keine Intrigen. Seine Aufgabe als Parteichef sehe er darin, „zu führen und zusammenzuführen“.

#### Werbung für UNO-Blauhelm-Einsätze

Engholm warb bei den Delegierten ebenso wie Brandt für ein „klares Votum“ für die Beteiligung deutscher Soldaten an UNO-Blauhelm-Einsätzen. Darüber will der Parteitag an diesem Donnerstag entscheiden. Brandt, der nach Engholm sprach, appellierte an seine Partei, aus der gewachsenen Verantwortung Deutschlands in Europa und in der Welt Konsequenzen zu ziehen. Dazu gehöre auch eine neue Rolle in der Sicherheitspolitik. „Verantwortung wird man nicht dadurch los, daß man vor dem ihr zugrundeliegendem Problem flieht“, betonte er mit

Blick auf den innerparteilichen Streit um mögliche Bundeswehreinräufe.

Union und FDP reagierte unterschiedlich auf Engholms Wahl: Laut FDP-Generalsekretärin Cornelia Schmalz-Jacobsen weist die Rede des neuen Vorsitzenden „einen neuen Weg“. Es müsse sich aber erst noch zeigen, ob „der schwerfällige Tanker SPD“ auch dem neuen Kurs folge. Nach Ansicht von CDU-Generalsekretär Volker Rühle läßt Engholm „wie erwartet Führungskraft und klare Orientierung der Partei vermissen“. Seine Aussagen seien der „krampfhafteste Versuch“, die zerstrittenen SPD-Flügel um jeden Preis zusammenzubinden. (Siehe auch Blickpunkt)

#### Vor Jahrestag des Massakers

##### Studenten-Protest an Peking-Universität

Peking. (dpa) Kurz vor dem zweiten Jahrestag des Peking Massakers haben Studenten der renommierten Peking-Universität „Beida“ mit Postern und Flugblättern an das Blutbad vom Juni 1989 erinnert.

Der Protest am Mittwoch auf dem Gelände der Uni wurde rasch von Sicherheitskräften unterbunden. Unterdessen ging die Frau eines der führenden inhaftierten Dissidenten mit einem Schreiben an die Öffentlichkeit, in dem sie der Regierung eine unmenschliche Behandlung der politischen Gefangenen vorwarf, die „geistig abgetötet“ würden. Ihr Mann Wang Juntao werde in Einzelhaft im Peking Gefängnis No.2 in einer vier Quadratmeter großen Zelle gehalten.

## Für neuen Staatenbund in Jugoslawien

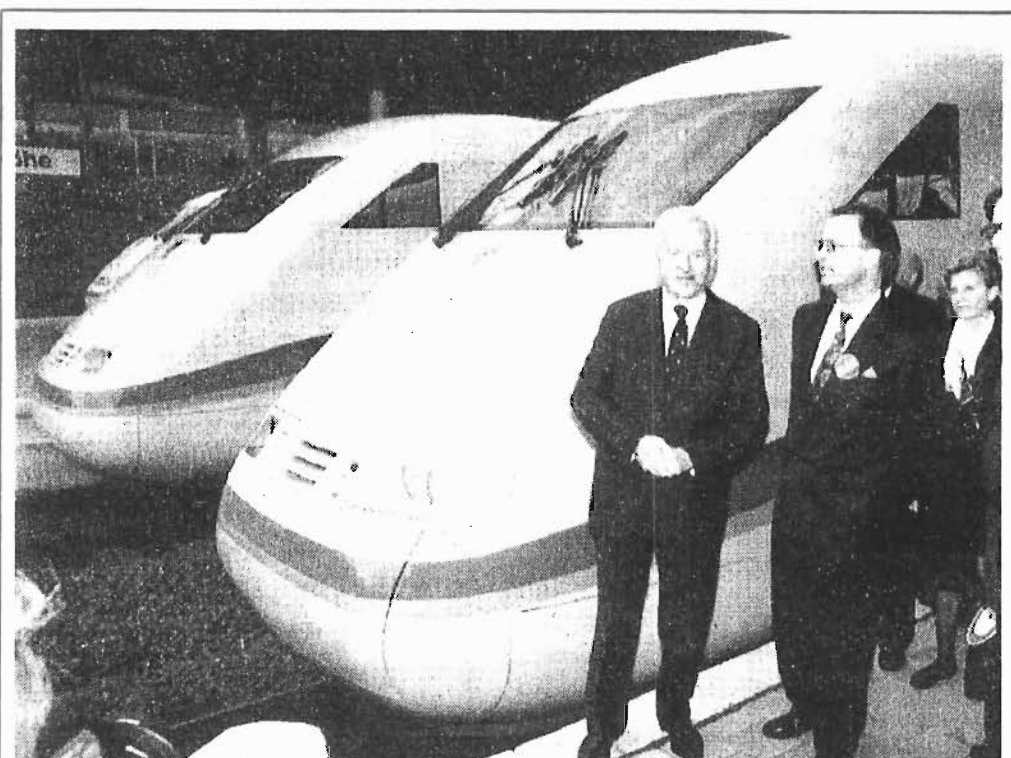
Mit dem Kerngebiet Kroatien und Slowenien – Armee hält sich noch zurück

Belgrad. (dpa) In Jugoslawien sind die Vorbereitungen für die Gründung eines neuen Staatenbundes aus vier Teilen des heutigen Vielvölkerstaates offenbar angelaufen. Das berichteten die Zeitungen am Mittwoch. „Eine Absprache ohne Serbien“ titelte die Belgrader „Politika Ekspres“. Danach sollen Slowenien, Kroatien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina einen solchen Bund anstreben, in dem jedoch jede Republik als souveräner Staat seine Selbständigkeit behielte (Konföderation).

Nur einzelne Teile der souveränen Rechte im Bereich der Wirtschaft, Außenpolitik und des Militärs sollten auf gemeinsame Staatsorgane übertragen werden. Als Kern des neuen Staatenbundes seien zwischen Kroatien und Slowenien schon Detailfragen geklärt worden, zitierte die Zagreber Zeitung „Vecernji list“ Kroatiens Regierungschef Josip Manolic. Man habe sich bereits über die Zahl der Grenzübergänge und über die Schaffung eigener Währungen verständigt. Möglicherweise sollen beide Währungen

zu einem gemeinsamen Zahlungsmittel (Eurodinar) zusammengefaßt werden. Auf jeden Fall würden die beiden zukünftigen selbständigen Staaten ab Ende Juni die Sicherung der heutigen jugoslawischen Grenzen nach Italien, Österreich und Ungarn selbst übernehmen.

Die Armee hat entgegen ihrer eigenen Drohung am Mittwoch nicht in Slowenien eingegriffen, obwohl ein Ultimatum noch am Dienstagabend verstrichen war. Bis zu diesem Zeitpunkt sollte die slowenische Bürgerwehr vier „Kampffahrzeuge“ an die Armee zurückgeben, die sie angeblich mit Waffengewalt aus einer Fabrik gestohlen hatte. Demgegenüber sagte der slowenische Verteidigungsminister Janez Jansa, die beschlagnahmten Wagen gehörten seiner Republik. „Ist es nicht absurd, über das Stehlen des eigenen Vermögens zu sprechen?“, sagte Jansa. Sloweniens Präsident Milan Kucan ist am Mittwoch nach Maribor gereist, um zwischen Armee und Bürgerwehr zu vermitteln.



MIT VERSPÄTUNG hat am Mittwoch das Hochgeschwindigkeitszeitalter bei der Bundesbahn begonnen. Bundespräsident Richard von Weizsäcker stellte im neuen Fernbahnhof Kassel symbolisch das Signal auf „freie Fahrt“. Der Linienbetrieb mit Tempo 250 auf der Strecke Hamburg-Frankfurt-Stuttgart-München beginnt am kommenden Sonntag. Etwa 2500 Ehrengäste waren in einer Sternfahrt mit fünf der hochmodernen Intercity-Express-Züge (ICE) nach Kassel gekommen. Der Zug des Bundespräsidenten traf mit Verspätung ein. Angeblich hatte ein Fahrgast unterwegs die Notbremse betätigt. (Siehe auch Weltgeschehen) Funkbild: dpa